

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neu- Nachrichten) — (Niederwallufer Zeitung)

Anzeigen
haben die einspaltige Kolonelle
oben deren Raum 15 Wp.
für auswärtige Besteller 20 Wp.
Reklamen 60 Wp.

Bezugspreis
monatlich 80 Wp., mit Bringer-
lohn 85 Wp. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,50 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 136

Samstag, den 16. November 1918.

26. Jahrgang

Nicklin.

Die Bedingungen des Waffenstillstands lassen sich keinen Zweifel mehr offen, daß Elsaß-Lothringen vollständig für uns verloren ist. Durchgängig wird es Belgien und den besetzten französischen Gebieten gleichgestellt, und nichts deutet darauf hin, daß die Entente es nur als eins der Gebiete ansähe, welche durch eine Selbstbestimmung über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden sollen. Eine solche Entscheidung wäre auch nur Farce, nachdem die französischen Truppen das Land besetzt halten. Es sei denn, man schwinde sich dazu auf, die französischen Truppen einige Wochen vor der Wahl aus Elsaß-Lothringen zu entfernen und daß die Wahl unter Aufsicht neutraler Staaten vor sich ginge.

Eine entscheidende Zukunftsfrage ist also, wie die Elsaß-Lothringer sich selbst zu den neuen Zuständen stellen werden. Will man, daß die Elsaß-Lothringische Frage ein für allemal ausgeschaltet wird, so wäre es gut, man nehme Elsaß-Lothringen unter eigene Verwaltung und gestalte es zu neutralen Gebieten, oder man bestimme auf einwandfreie Wahl. Aber man sieht jetzt schon, daß einzelne Wetterfahnen umschwenken. Der frühere Präsident der zweiten Elsaß-Lothringischen Kammer, Reichstagsabgeordneter Nicklin, hat im Reichstag bekanntlich deutlich erklärt, daß er zu Frankreich wolle. (!) Es ist derselbe Mann, der im Juni 1917 als Kammerpräsident gesagt hat:

„Das Elsaß-Lothringische Volk hat in seiner erdrückenden Mehrheit seinen Krieg und auch diesen Krieg nicht gewollt. Was es wollte, war, den Ausbau seiner staatsrechtlichen Stellung und seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich zu vollenden und im übrigen seiner friedlichen Arbeit nachzugehen. In dieser Hinsicht hat der Krieg bei uns nichts geändert. Wir legen dies Bekenntnis laut und vor aller Welt ab! Möge es überall gehört und möge uns bald der Friede besichert werden.“

Und am Schlusse der Tagung hat Nicklin noch einmal von Elsaß-Lothringens „unlösbarer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich“ gesprochen.

Jetzt auf einmal ist Nicklin Deutschlands müde geworden und selbst sich zu Frankreich.

Indessen darf dieser Gesinnungswandel Nicklins nicht Wunder nehmen. Sein Parteifreund Wetterlee, der von Kriegsbeginn an auf die französische Seite übergang, hat in diesem Jahr im Verlage Hoffart zu Paris ein Buch erscheinen lassen: „Des Cullisses du Reichstag“, in dem er den Franzosen in viele Tadel und Zurechtweisen aus seiner parlamentarischen Tätigkeit im Reichstag erzählt. Zudem er sich für den vollkommenen Abbruch aller Beziehungen hält, überschüttet Wetterlee darin eine schamlosen Kollegen, Freund und Feind, mit schmerzlicher Lüge, wobei auf Seite 179 Nicklin folgendermaßen abgebildet wird:

„Ich kann von Dr. Nicklin nicht dasselbe sagen (wie von Haug), nämlich, daß er in den schwierigsten Augenblicken sich als guter Elsaßer zu zeigen wußte, der Minister im Reichstag nachfolgt, als dieser alle Kämpfe müde geworden, von seinen treuen Wählern von Miltach-Thann die Erneuerung seines Mandats nicht mehr verlangen sollte. In dieser Zeit hatte der Arzt von Miltach-Thann bereits eine hinreichend belastete Vergangenheit. Seine Mutter hatte sich, als er zehn Jahre alt war, mit einem bayerischen Eisenbahnbeamten verheiratet, der den kleinen Eugen mit in sein Geburtsland nahm. Nicklin erhielt demnach eine rein deutsche Erziehung. Die zahlreichen tiefen Schmissen auf seinem Gesicht bezeugen, daß er in einer Münchener Verbindung ein rauschhafter Student gewesen ist.“

Ins Elsaß zurückgekehrt, wurde er Landarzt. In dieser Zeit trug er deutschfreundliche Gesinnung zur Schau, verheiratete nie, zu Kaisers Geburtstag seine Stabsarzt-Uniform anzuziehen, und lebte in fortwährender Strenge mit seinem Pfarre. Seine Heirat mit einer sehr reichen und ganz französisch erzogenen Cousine schien einen glücklichen Einfluß auf ihn auszuüben. Die Kommodität, seine Ansichten nach denen seiner Wähler einzurichten, vollendete, mindestens dem Schein nach eine Umwandlung. Nicklin wurde Regierungsgegner und... man sah ihn am Gottesdienst seiner Pfarrei teilnehmen. Kurze Zeit nach seiner Wahl setzte ihn die Regierung in barocker Weise als Bürgermeister von Miltach-Thann ab. Sehr persönlich wie er ist, stürzte sich der Abgeordnete von Miltach-Thann hierauf in die heftigste Opposition.

Preis hat dieser Belehrung in letzter Stunde nicht getraut. Lange vorher, ehe Nicklin die Elsaßische Sache verriet, sah er diesen Abfall voraus, den seine herben Reden noch beschleunigten. 1911 bei Gelegenheit der

Verhandlungen über die Verfassungsreform für Elsaß-Lothringen gab sich Nicklin, der übrigens klüger und gewandter war als Bunderchoer zu den verdächtigen Mandatären her und sicherte sich dadurch die Freundschaft des Staatssekretärs Jörn von Bülach. Im folgenden Jahre wurde er, dank der Unterstützung von Regierungsseite, Präsident der zweiten Kammer zu Straßburg und von da an trug er seine Deutschtum unerschrocken zur Schau. Beim Ausbruch des Krieges hielt er einen stürmisch-patriotischen Inhalt und ging so weit, französischenfeindliche Elemente der Bevölkerung zu denunzieren und zu bedrohen. Von neuem zog er seine Reserveoffiziers-Uniform an, nachdem er mehrere Jahre zuvor in geräuschvoller Weise seinen Abschied eingereicht hatte. Während seine Kollegen, auch die früher ein meißten bloßgestellten, eine abwartende Haltung einnahmen, suchte er jede Gelegenheit, um den militärischen Machthabern seine Ergebenheit zu beweisen.

Nicklin ist dummküpfisch und aalglatt, aber ebenso rücksichtslos. Erfüllt von maßlosem Ehrgeiz wie von schädlichem Geiz sucht er nichts als Ehre und Geld. Um diese zu erreichen, geht er mit Leichtfertigkeit über die Leiden seiner besten Freunde hinweg. Von allen, die Anschluß an Deutschland suchten, ist er zweifellos der Werdwärtigste.“

Zu seinem Schaden wird Deutschland zu spät eingesehen, daß an dieser boshaften Charakteristik Wetterlees nur allzuviel wahr gewesen ist.

Der Umfang des Deutschen Sprachgebietes in Oesterreich.

Oba. Der Staat Deutsch-Oesterreich ist eine Tatsache; aber seine Grenzen stehen noch nicht fest. Am nächsten liegt der Gedanke, daß der neue Staat alle diejenigen Gebiete umfassen soll, in denen Deutsche geschlossen angesiedelt sind. Hierbei würden die Deutschen in zweifacher Hinsicht benachteiligt werden. Einmal haben die Deutschen in Oesterreich von allen Nationen die größte Diaspora, was mit ihrer Eigenschaft als Kulturbringer dieser Gebiete zusammenhängt. Wohnen doch z. B. in Galizien 90 000, in der Bukowina etwa 170 000 Deutsche (mehr als ein Fünftel der Bewohner des „Buchenlandes“); gibt es doch ferner überall deutsche Enklaven wie Gottschee in Krain, die aus geographischen Gründen schwer dem Staate Deutsch-Oesterreich angeschlossen werden können. Zweitens bedeutet eine Regelung, die sich nach der Kopfszahl richtet, schon an sich eine Schädigung des Deutschtums, weil die Bedeutung der Deutschen in Oesterreich weit über ihre Kopfszahl hinausgeht. So zählte z. B. nach den Feststellungen von Rauberg ein Deutscher in Oesterreich doppelt so viel Steneten wie ein Tscheche oder Italiener, 4 mal so viel wie ein Pole, 6 mal so viel wie ein Südslawe. Immerhin wird man damit rechnen müssen, daß ein für die Deutschen günstigeres Prinzip als die Abgrenzung nach geschlossenen Sprachgebieten nicht durchzuführen sein wird. Dann würde Deutsch-Oesterreich etwa 105 000 Osm. und von den rund 10 Millionen Deutschen, die es im Jahre 1910 in Oesterreich gab, etwa 9 600 000 umfassen. Ueber 300 000 Deutsche entfallen auf die Diaspora und die Enklaven. Wenn die Slawen nicht so viele Deutsche einverleiben, so dürfen sie sich auch nicht beklagen, daß mit Niederösterreich etwa 122 000 Tschechen, die zum größten Teil in Wien wohnen, zum deutsch-österreichischen Staate kommen würden. Wenn die Tschechen daraus einen Anspruch auf einen Teil von Wien ableiten, so könnten die Deutschen mit viel größerem Recht einen Teil von Prag für ihren Staat beanspruchen.

Das geschlossene deutsche Sprachgebiet umfaßt folgende Länder: Nieder- und Oberösterreich mit den angrenzenden Bezirken des südlichen Mähren und Böhmen (Mittelsburg, Jmalm, Kruman), mehr als zwei Drittel von Steiermark bis in die Gegend nördlich der Drau, mehr als drei Viertel von Kärnten (mit Ausnahme des Südostens), ganz Salzburg, fast drei Fünftel von Tirol mit Bozen, Meran und Brizzen, ganz Vorarlberg und außer den genannten Teilen von Böhmen und Mähren die Randgebiete Böhmens im Westen, Nordwesten und Norden mit Marienbad, Eger, Karlsbad, Teplice, Leitmeritz, Reichenberg und Braunau, ferner die nördlichen Teile Böhmens und den Westen Schlesiens mit Freiwaldau und Jägerndorf. Das überwiegend deutsche Brunn ist eine Sprachinsel mitten im tschechischen Gebiet. Die deutsch-böhmischen Gebiete sind durch den tschechischen Teil von dem übrigen Deutsch-Oesterreich getrennt.

Im ganzen wohnen 3,5 Millionen Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien, während die Zahl der Tschechen 6,3 Millionen beträgt, also noch nicht einmal das Doppelte. Da die deutschen Siedlungen in Böhmen ebenso alt sind wie die tschechischen, und Böhmen all

Eine Kultur den Deutschen verdonnt, so ergibt sich, daß den Ansprüchen der Tschechen auf die deutschen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens jede Berechtigung fehlt. Ebenso lassen sich die Ansprüche Italiens auf die Brennergrenze weder historisch noch ethnographisch begründen; ihre Verwirklichung würde eine Vergewaltigung eines echt deutschen Volksstammes bedeuten. Unmittelbar an Niederösterreich und Steiermark grenzen die zu Ungarn gehörigen, von Deutschen bewohnten Gebiete um den Reusiedler See, von Piesburg, Oedenburg und Güns, sie würden bei einer Auflösung Ungarns ihren natürlichen Anschluß an den deutsch-österreichischen Staat finden.

Vermischtes.

Durchhalten und „Durchhalten“. Im Arbeiter- und Soldatenrat in Darmstadt teilte Bürger Stort in der letzten Sitzung mit, daß man bei einer Befestigung des Hofmarschalls des Großherzogs von Hessen etwa 60 Equipagen mit Summireisen (!), darunter eine vollständig unbenuzt geblieben habe, sowie außerdem 300 Pferdegeschirre aus Leder. (!)

Zweierlei Durchhalten. Ein Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates erzählt, daß bei einer Befestigung eines Berliner Schlosses folgende Lebensmittelvorräte der kaiserlichen Privathaushaltung, nicht etwa die des Hofstaates vorgefunden wurden: Fleisch und Geflügel auf Eis, Saucenentanten in großen Kisten, blütenweißes Mehl in Säcken bis an die hohe Decke aufgeschapelt, tausende von Eiern, Kiesenbassin mit Schmalz, Kaffee, Tee, Schokolade, Gelee und Konserben jeder Art aufgeschichtet in unendlich scheinenden Reihen, hunderte von blanken Zuckerrüben, Hülsenfrüchte, Dörrobst, Zwiebad zc. zc. Der Wert der Vorräte beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark. F. B.

(*) Vereinst wird man in den Museen Kanonen ausgestellt sehen, wie jetzt die alten Kollertwerkzeuge, und wird darüber staunen, daß dieser einmal im Gebrauch sein konnte. Viktor Hugo (1849).

Um den Frieden.

Ein Appell an die Ententevölker.

BB. Berlin, 15. Nov. An die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas haben Rolandpühr und Richard Müller im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates einen Appell gerichtet, worin nochmals die Gesamtlage Deutschlands geschildert wird, um dann zum Schlusse zu betonen: Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Friede brüderlicher Verständigung ohne jede Eroberungen und Unterdrückungen werde, ein Friede, der jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung und der freihellen Entwicklung läßt. Der Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas hat oft versprochen, daß solcher Friede unser Ziel sei. Laßt jetzt Euer Versprechen zur Tat werden. Trete dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Trete dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen glücklicheren und friedlicheren Welt ermöglicht, ein Friede, der ein fünfziges Völkermorden unmöglich macht. Als Vertreter des Volksgenossen erheben wir unsere Stimme und bitten Euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk durch Eure Regierungen nicht zu einem Sklavenbausein verurteilt wird. Wir haben uns unsere Freiheit im Innern erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter sitzen. Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Brantings Antwort.

BB. Berlin, 15. Nov. Auf das Telegramm der beiden sozialdemokratischen Parteien an Branting erhielt der unabhängige Abgeordnete Edward Bernstein folgende Antwort von Branting: „Werter Genosse! Das Telegramm der sechs Genossen ist sofort an Henderson, Cachin und Vandervelde befördert worden mit bester Empfehlung. Ich bin sicher, daß eine Reaktion nicht nur unserer Genossen, sondern der ganzen öffentlichen Meinung in den Entente-Ländern gegen die erdrückende Vergewaltigung des revolutionären Deutschlands eintreten wird. Heute melden Zeitungs-Telegramme, daß Wilson und sogar Clemenceau sich gegen jede inhumane Maßregel ausgesprochen haben. Ihre Aktion wird diese verführliche Strömung“

ung noch mehr stärken. Festen Dank für Ihr Telegramm und beste Wünsche, daß die deutschen Genossen ihre gewaltige Revolution im Namen der Demokratie auch gegen die verkleidete Tyrannei von unten klar und fest steuern möchten.

Zu den Friedensverhandlungen.

(b.) Basel, 15. Nov. Die „Morningpost“ berichtet aus Paris: Der Versailler Kriegsrat ist am Donnerstag in die Beratung der Friedensbedingungen eingetreten. Die Beschlüsse können frühestens nächste Woche vorliegen.

Die „Times“ meldet, die Friedensverhandlungen beginnen in der letzten November-Woche.

Aus Paris wird gemeldet: Um die vorläufigen Friedensverhandlungen in Gang zu bringen, sind Balfour und Schino am Donnerstag in Paris angekommen. Lloyd George und Orlando werden in den nächsten Tagen erwartet.



Ämtliche Nachrichten.

BB. Berlin, 15. Nov. In Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrats verordnen wir, was folgt: Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst. Das Herrenhaus wird beseitigt.

Berlin, 15. November 1918.

Die preussische Regierung:

(ges.): Hirsch, Ströbel, Braun, E. Ernst, A. Hoffmann, Dr. Rosenfeld.

Zur inneren Lage.

Elzsaß-Lothringen.

St. Straßburg, 16. Nov. Der Straßburger Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit, mit Befriedigung könne heute festgestellt werden, daß die Ent-

Das Auge der Nacht.

Eine Erzählung aus Transvaal von J. B. Miford.
Deutsch von M. Walter.

83 (Nachdruck verboten.)

21. Kapitel.

„Leuchtend wie ein Stern.“

„Hurra! Endlich am Ziel!“ Laut und freudig klang Hannings Stimme durch die Stille der Nacht zu Selwyn herüber, der, seinen Gedanken nachhängend, eine Strecke zurückgeblieben war. In wenigen Minuten stand er neben dem Gefährten. Ja, wahrhaftig, sie waren am Ziel! Vor ihnen lag der Gipfel des Berges flach und eben, so weit man in der Dunkelheit sehen konnte. Auf der einen Seite erhob sich ein schroffer Felsen, zerklüftet und steil abfallend, einem Hahnenkamm nicht unähnlich, mit scharf gezeichneten Umrissen, die sich deutlich von dem nächtlichen Horizont abhoben. Ein kühler, erfrischender Wind streifte über die Höhe, und an dem unermeßlichen Himmelsgewölbe funkelten Myriaden Sterne mit einem Leuchten und Glänzen, das, von der einsamen Bergeshöhe aus gesehen, einen wunderbaren, feenhaften Eindruck machte.

„Wir können nichts unternehmen, bis der Mond aufgeht“, bemerkte Hanning. „Es müssen hier einige tiefe Krateröffnungen sein — also ist's besser, sich noch ein wenig zu gedulden, als eine unfehlbare Fahrt in den Abgrund zu machen. Wir wollen uns einen Lagerplatz suchen und ein paar Stunden rasten.“

Behutsam ritt er weiter, als sein Pferd plötzlich stehen blieb und leise zu wiehern begann. „Oho, Alter, was gibt's?“ murmelte Hanning beunruhigt und schief um sich blickend. Lag ein Abgrund vor ihnen oder bargen die Felsenklüfte einen lauernden Feind?

Seinen Gefährten mit gedämpfter Stimme zur Vorsicht mahnend, lenkte er sein Pferd seitwärts am Felsen entlang. Wieder blieb das Tier stehen, diesmal vor einer drei Fuß breiten, weißlich schimmernden Fläche. Es senkte den Kopf und sein häßliches Schlürfen bekundete, daß es etwas Hochwillkommenes — Wasser — gefunden hatte.

Die beiden halbverschmachteten Reiter waren nicht wenig erfreut über das Bafsal, das sich ihnen so uner-

wartet bot. Da der Trunk zu einem Lagerplatz eignete so füllten sie die Felle ab, erwiderten sich an dem erfrischenden Trank und genossen von den mitgebrachten Mundvorräten. Ein Feuer wagten sie aber nicht anzulanden, nicht einmal den Genuß einer Pfeife gönnten sie sich, als Furcht, den Quisquänen dadurch ihre Anwesenheit zu verraten.

Langsam schlichen die Stunden hin. Selwyn, den die ungewohnten Strapazen furchtbar ermüdet hatten, war in festen Schlaf gesunken; Hanning hingegen fühlte sich wie zu erregt, um sich der Ruhe hinzugeben. Seine Gedanken weilten bei dem nun fast erreichten Ziel, nach dessen Besitz er so lange und eifrig gestrebt, an den er Tag und Nacht gedacht hatte. Geräuschlos erhob er sich, warf die Felle über die Schulter und bahnete sich vorsichtig einen Weg um das Felsenriff. Am Rande des steil abfallenden Schlundes, der Öffnung eines ertösenden Kluftens wie er annehm, blieb er stehen. Wie groß, wie erhaben war diese schlummernde Welt um ihn her, deren harmonische Ruhe durch keinen Miston gekört wurde! Wie ehrfurchtgebietend dieses feierliche Schweigen der Natur, diese wundersam ergreifende Einsamkeit der Wildnis! Und wie nichtig erschien ihm da das kurze Lebensaeschick des Menschen im Vergleich zu den Jahrtausenden, die vorübergerauscht waren, in ihrem Laufe stets die gleichen Sterne am Himmel, dieselben Berge auf Erden erscheinend. Allmählich, ihm selbst kaum bewußt, führten ihn seine Betrachtungen in den engen Kreis seines eigenen Daseins zurück und das, was er für immer daraus verbannt zu haben glaubte, trat mit verdoppelter Lebendigkeit vor seine Seele. In dieser stillen Mitternachtstunde, allein auf der einsamen Bergeshöhe, sah er das liebliche Gesichtchen Violet Wörb's, wie es an jenem hellen sonnigen Morgen in Freiburg so anstehend, so bittend zu ihm aufgeschaut. Ein tiefes Weh schnürte ihm das Herz zusammen, als er an die Hoffnungslosigkeit seiner Liebe dachte. Violet hatte nur seine Freundschaft begehrt — weiter nichts! All ihre Sehnsucht ihre Sorae und ihre Gebete hatten nicht ihm, sondern einem anderen, dem Manne, der jetzt sein Kamerad und Schicksalsgefährte war. Ach, hätte er ihn doch nie nach Freiburg geliebt! Dann wäre ihm sein Liebles sicher nicht geraubt worden. Und warum hatte er diesen Menschen mit herübergekommen, um ihn zu be-

wertung der Dinge in Straßburg auch weiterhin einen völlig geordneten Verlauf nehme. Die Ruhe in der Stadt ist nirgends gestört. In weitestgehendem Maße hat die Bevölkerung der an sie ergangenen Aufforderung, das Zurschaufreten von Nationalfarben zu unterlassen, Folge gegeben und damit in verständiger Weise einen Anlaß unnötiger Erregung, der Gemüter beseitigt.

Die „Völk. Ztg.“ meldet aus Genf: Eine amtliche französische Mitteilung erklärt, die Bestimmungen des Waffenstillstandes genügen, um Elzsaß-Lothringen schon jetzt als französisches Gebiet betrachten zu können.

BB. Haag, 16. Nov. „Holländisch Nieuws Vrtro“ meldet aus Paris: Der Ministerrat beschloß, sofort nach dem Ober- und Unter-Elzsaß, sowie nach Lothringen eine Kommission der Republik zu entsenden. Für Straßburg wurde Georg Karlinger, für Metz Mikont und für Kolmar Herr Pauli ernannt.

(tu.) Haag, 15. Nov. Bei der offiziellen Uebergabe der Städte Straßburg und Metz worden Hoch, Clemenceau und Poincaré zugegen sein. Die Amerikaner werden in der nächsten Woche dort eintreffen.

Die Lebensmittelversorgung.

BB. London, 15. Nov. Im Unterhaus erklärte Bonar Law auf eine Anfrage für die Versorgung neutraler und feindlicher Länder mit Lebensmitteln, daß die Angelegenheit in die Hände eines allgemeinen Nahrungsmittelrates gelegt wurde, der sofort Schritte in dieser Angelegenheit unternahm. Er hoffe in der Lage zu sein, für die Bedürfnisse der betreffenden Völker zu sorgen.

Auf das Ersuchen des Präsidenten Wilson erklärte Brasilien die Unterstützung der Hilfsaktion für die notleidende Bevölkerung der Mittel-mächte mitzumachen.

(b.) Kristiania, 15. Nov. Die norwegische Regierung hat Schritte unternommen, um Fische nach Deutschland einzuführen. Sie durfte bisher wegen eines seinerzeit mit Amerika getroffenen Abkommens nur ein begrenztes Quantum Fische exportieren. Sie hat sich daher an Amerika gewandt, um die Erlaubnis zu verkehrter Fischlieferung an Deutschland zu erhalten. Bisher hat aber Amerika nicht geantwortet. Nachdem nun Deutschland dringend um Lebensmittel gebeten hat, fordert „Sozialdemokraten“ zur möglichst Beschleunigung auf.

Bremen ist nicht mehr freier Hansestadt.

BB. Bremen, 15. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß im Konventsale der Börse einstimmig folgende Beschlüsse: Der A. u. S. R. übernahm die ausübende Gewalt im Bremer Staatsgebiet. Der Senat und die Bürgerschaft bestehen nicht mehr. Das Bremer Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik. Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheidet die später zu schaffende gesetzgebende Körperschaft. Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Beruf nach. Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Die Gehälter werden fortgezahlt und das Privateigentum geschützt.

(b.) Berlin, 15. Nov. Der Reichsanwalt Ebert hat einem Mitglied der Redaktion der „Völk. Ztg.“ u. a. folgendes mitgeteilt: Wir sind fest entschlossen, die Nationalversammlung so schnell wie möglich einzuberufen. Wir haben bereits die Vorbereitungen getroffen und denken bestimmt im Januar zu den Wahlen zu gelangen. Ich glaube auch, daß Ihr Einwand, der Friedenskongreß werde bis zur Nationalversammlung verlagert werden, nicht Stich hält, daß vielmehr der Kongreß ganz unabhängig von der konstituierenden Versammlung beginnen kann.

Die Auflösung des Reichstags ist von dem Sechsmännerkollegium der gegenwärtigen Regierung beschlossen worden. Man ließ sich dabei von dem Gesichtspunkte leiten, daß die Proklamation als gesetzgebende Pro-

klamation angenommen werden, wenn zu ihrer Wirksamkeit die ergänzende Zustimmung des nicht mehr existierenden Bundesrates und des Kaisers fehle. Ferner wurde den Abgeordneten im Reichstag erklärt, daß das Haus für alle Abgeordnete geschlossen werden würde, da der Reichstag als aufgelöst zu betrachten sei. An die Stelle des Reichstages soll nun die konstituante (Nationalversammlung) treten, und diese soll so schnell als möglich einberufen werden. Der baldigen Einberufung der Nationalversammlung stellen sich aber augenblicklich große technische und politische Schwierigkeiten entgegen. Die technischen bestehen in den umfangreichen Vorarbeiten, welche die Aufstellung geordneter Wählerlisten für alle 20 Jahre alten Männer und Frauen und für die Wahlberechtigung der zurückkehrenden Soldaten bereitet. Die Soldaten wollen nicht als solche, sondern als Volksgenossen an dem öffentlichen Leben Anteil nehmen. Noch schlimmer sind gegenwärtig die politischen Schwierigkeiten, die in starken Gegensätzen innerhalb der neuen Regierung bestehen, wie der „Vorwärts“ offen zugibt. Die alten bürgerlichen Mehrheitsparteien wollen sich aber auf seinen Fall dauernd anschließen lassen und erhoffen von der Nationalversammlung ihre Wiedereinrichtung in die politische Tätigkeit. Aber bis dahin werden sie alle demokratischen Absichten der Mehrheit Sozialisten in der Regierung opferbereit unterstützen, um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die Volksernährung sicherzustellen.

Der „Vorwärts“, der täglich zweimal erscheint, gibt zu erkennen, daß eine bürgerlich-republikanische Partei in der Bildung begriffen sei, die sich aus linksgerichteten Teilen der fortschrittlichen und der nationalliberalen Partei zusammensetzen werde. Ihr Programm soll ein rein demokratisches sein, sich für weitgehende Sozialreform aussprechen und gegen alle monarchistischen und reaktionären Umtriebe.

Aus den Kreisen der demokratischen Richtung des bayerischen Zentrums, der die Abg. Held und Dr. Schlittenbauer, sowie Dr. Helm angehören, ist in Regensburg eine neue Partei, die „Bayerische Volkspartei“, gegründet worden. Sie betrachtet, wie der „Regensburger Anzeiger“ berichtet, den durch die Revolution geschaffenen staatspolitischen Zustand Bayerns als eine gegebene geschichtliche Tatsache. Ihr Programm ist ein christlich-soziales.

Prestitimen.

Die „Völk. Ztg.“ schreibt: Das Bürgertum ist vorläufig beiseite gedrängt. Nicht bloß das Bürgertum im engeren Sinne, sondern auch der Mittelstand, der Unternehmer, der den bürgerlichen Kreisen zugehörige Geistesarbeiter. Der allem sind auch diejenigen Arbeiter und Angeestellten, wenn auch nicht völlig ausgeschlossen, so doch benachteiligt, die nicht auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen. Das verstoßt gegen die Grundsätze der wahren Demokratie. Bis zu dem Zusammentritt der Nationalversammlung ist es Pflicht des deutschen Bürgertums, sich einmütig hinter die Regierung zu stellen. Aber soll das begonnene Werk der deutschen Freiheit Dauer haben, so muß es durch die Demokratie ersetzt werden. Der Weg zu ihr führt einzig und allein über die Nationalversammlung.

Die „Tägl. Rundschau“ schreibt: „Kammer, da die Verwirklichung des sozialistischen Programms begonnen hat, tritt in das Bürgertum die Pflicht heran, sich zu wehren, zu den neuen Maßnahmen Stellung zu nehmen und seine Interessen wahrzunehmen, wenn auch seine Vertretung, der Reichstag, mundtot gemacht ist, und die Nationalversammlung noch lange auf sich warten wird.“

Der „Vorwärts“ verlangt in einem beachtenswerten Leitartikel, daß die neue Regierung ihre Macht im Volkswillen verankern müsse, wenn sie sich berechtigterweise als Vollregierung und nicht lediglich als Regierung der Arbeiter und Soldaten betrachten wolle. Der „Vorwärts“ polemisiert auch gegen die „schärfere Richtung“ innerhalb der neuen Regierung, die als Dauer-

reichern, ihn auf die höchste Stufe des Glücks zu heben! Er schubete ihm nichts, gar nichts, ja, er hatte ihn sogar zweimal vor dem sicheren Tode bewahrt. Wozu also diese Selbstauferopferung? Er war ein Narr! Jedermann würde ihm das sagen, denn kein anderer hätte so gehandelt wie er.

Solche Gedanken durchkreuzten seine erregten Sinne, als er dort oben auf einsamer Nacht stand, an den Rande des Kraters gelebt, über den eben aufsteigende Mond sein silbernes Licht ergoß, das seltsame Licht, das wohl nur aus in Violet Wörb's Stübchen schien, in dem die Geliebte seines Herzens in süßen Träumen lag. Ach, warum war es nicht sein Bild, das sie umschwebte? Ein Sehnen ent-rang sich seiner Brust, während sein Blick achlos über das zackige Gestein und die mächtigen Felsblöcke in die Tiefe starrte. Doch plötzlich schoß ihm alles Blut zum Herzen. Da unten hatte etwas geblüht, nur wie ein Punkt, aber dennoch die nichtige Finsternis durchbrechend, aufleuchtend wie ein feuriger Stern.

Neuankelnd als sei er zu Stein erstarrt, stand Hanning da. Er rief sich die Augen in der Meinung, daß er einer Sinnestäuschung gewessen zu sein: dann schaute er wieder hinab: der aufsteigende Lichtpunkt war noch sichtbar, ja er schien sogar an Umfang zuzunehmen, immer besser leuchtender zu strahlen. An seltsamer Aufregung trat Hanning einige Schritte zurück, um ebenso zurück wieder vorzutreten. Er hatte sich nicht getraut — durch die Dunkelheit starrte er hervor, das „Auge der Nacht“, als wärend, blenden aber dann le — — —

Eine kalte alternde Hand legte sich auf Selwyns Schulter, der mit hastigem Blick aus dem Schlaf aufsprang. Doch seine Müdigkeit verfloß wie Tränen im Wind, als ihm die Stimme seines Gefährten urchaute: „Wacht auf und komm mit mir! Das „Auge der Nacht“ leuchtet wie ein Stern!“

(Fortsetzung folgt.)

zustand eine Eskorte des Reichsattal, eine feste Bewachung des Sozialismus in rücksichtslos in Gewalttätigkeit gegen alle Hindernisse erstrebt. Die Arbeiterbewegung habe dagegen die Demokratisierung durch die konstitutionelle Nationalversammlung auf ihre Fahne geschrieben.

Aufruf an die U-Boot-Mannschaften.

W. Wilhelmshaven, 16. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat Wilhelmshaven richtet an die Unterseeboots-Mannschaften einen Aufruf und ersucht, alles zu tun, damit die Waffenstillstandsbedingungen gewissenhaft erfüllt werden, und wir die Friedensverhandlungen schnell abwickeln könnten. Jeder Mann, der an einer Fahrt in den feindlichen Ozean teilnimmt, sei mit 10 000 Mark versichert, außerdem Gewissheit gegeben, daß die Besatzungen der U-Boote sofort nach dem Eintreffen in England wieder zurücktransportiert werden. Die Verheirateten erhielten außerdem eine Prämie von 500 Mark, die Unverheirateten eine solche von 300 Mark. Sofort nach der Rückkehr der U-Boote würden die Mannschaften in die Heimat entlassen.

Kiel gegen Berlin.

Kiel, 16. Nov. Der oberste Soldatenrat der Ostseestation in Kiel hat an den Reichsfeldmarschall Ebert einen Protest gerichtet, worin erklärt wird, daß im Berliner Soldatenrat vorwiegend Offiziere den Ton angeben. Der oberste Soldatenrat der Ostseestation könne sich daher mit dieser Zusammensetzung des Befehls ausübenden Soldatenrates Berlin im Reichsmarineamt nicht einverstanden erklären, da diesem Soldatenrat bezw. Matrosenrat infolge Mangel an Sachkenntnis eine richtige Kenntnis der Marineverhältnisse nicht zuerkannt werden könne. Der oberste Soldatenrat der Ostseestation wünscht in Zukunft, in Angelegenheiten der Marine nicht übergangen zu werden.

Die Demobilisation.

Berlin, 15. Nov. Beim Heimmarsch der deutschen Soldaten soll möglichst viel wertvolles Material geborgen werden, insbesondere auch die Pferde, die die Landwirtschaft dringend braucht. Die Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Friedensarbeit soll möglichst in der Weise erfolgen, daß große Arbeiterentlassungen vermieden werden. Teilweise sollen die Rüstungsbetriebe noch einige Zeit fortgeführt werden, solange das möglich ist, ohne Material zu verschwenden. Der Unternehmensgewinn soll bei diesen hauptsächlich aus sozialen Gründen gegebenen Aufträgen ausgeschaltet bleiben. Im übrigen sollen die Fabrikarbeiter nach bestem Können für die Unterbringung der heimkehrenden Arbeiter sorgen.

Kleine Meldungen.

Der Ex-Kaiser.

H. Haag, 16. Nov. Der „Daily Telegraph“ berichtet aus New-York: Der frühere Präsident Taft, der auf dem Gebiet des Völkerrechts als Sachmann gilt, äußerte die Ansicht, daß der deutsche Kaiser nach den bestehenden Völkerrechtssatzungen von dem bestreitenden Lande, in dem er sich aufhält, ausgeliefert werden müsse, und zwar, um vor einem Geschworenengericht der alliierten Länder gestellt zu werden. Von diesem kann er auf Grund der bestehenden Gesetze in Haft genommen werden.

Plünderer im Berliner Schloss.

Berlin, 15. Nov. 50 Soldaten und einige Zivilpersonen drangen, unter der Behauptung im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats zu handeln und mit der Suche nach Lebensmitteln beauftragt zu sein, in das Schloss ein. In den Räumen fingen sie auf einmal zu plündern an. Die Regierung ließ sofort die nötigen Schritte einleiten und es gelang, der ganzen Bande habhaft zu werden. Es sind zum größten Teil fahnenflüchtige Soldaten, die verhaftet wurden.

Erchiebung von 20 Räufern.

Hannover, 15. Nov. Ständrechtlich erschossen wurden in Bremen 20 Angehörige der sogenannten „Allegenden Division“ in Bremen, die an zahlreichen Räuhereien beteiligt waren. Sie hatten sich des Bahnhofes Hannover bemächtigt, von wo aus sie ein heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer auf die Umgebung eröffneten und den Zugverkehr auf mehrere Stunden gänzlich behinderten. Eine weitere Anzahl wurde hier festgenommen und steht nach Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates ihrer ständrechtlichen Verurteilung entgegen.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 16. November 1918.

—* Eine Sitzung im Rathaus. Am Donnerstag nachmittag fand im Sitzungssaal des Rathauses eine gemeinsame Sitzung des Aktionsausschusses des in der letzten Volksversammlung gewählten Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats mit den Mitgliedern des Gemeinderats statt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr R. Eitner, führte in längerer Rede aus, daß durch die politische Umwälzung die Macht auf die Räte übergegangen sei. Es dürfe deshalb kein Zweifel aufkommen, daß dieselben auch den gegebenen Gebrauch von ihr machen werden. Die Gemeindeverwaltung unterstehe in allen ihren Zweigen der Aufsicht des Rates, ohne daß beabsichtigt sei, in dieselbe irgendwie einzugreifen, falls sie sich in der von der Neuordnung vorgeschriebenen Richtung abspiele. Ebenfalls bestünde die Pflicht, Personen, die weiterhin ihre Pflicht in besagtem Lichte erfüllen, von ihrem Posten zu entfernen, und hoffe er auf Mitarbeit aller bei den zu erstrebenden Zielen. Herr Bürgermeister Schmidt erwiderte, daß der Gemeinderat und sämtliche Beamten auch weiterhin zur Führung der Geschäfte bereit seien, um die Maschine nicht ins Stocken geraten zu lassen. Herr Eitner betonte, daß das Aktionskomitee sich Lebensmittelförderung, Rohstoffbeschaffung und Verbesserungen in allen Punkten, deren Abhilfe berechtigterweise verlangt werde, ohne Rücksicht auf irgend eine Person angelegen sein lassen werde. Das Gemeinderatsmitglied Herr S. M. Dr. Bayerthal bedauerte, daß der Leiter der Volksversammlung Angriffe von Rednern, die aus trüber Quelle geschöpfte Verdächtigungen gegen einzelne Personen aus persönlicher Gehässigkeit losließen, nicht gebindert habe. Dadurch werde das Niveau der Versammlung herabgedrückt mit keinem anderen Resultat, als daß zu einer Zeit, wo die Verbrüderung der Menschen und der Völkerruhe auf die Fahne geschrieben, nur Klassenhaß gesät werde. Er selbst habe niemandem auch nur einen Zentner Brennstoffmaterial entzogen, sondern im Gegenteil noch einige Waggons Kohlen für die Kriegsfürsorge und andere Bedürftige beschafft. Er hoffe auf eine erzieherische Wirksamkeit der Räte zum Wohle aller Einwohner. Der Leiter der besagten Versammlung, Herr Georg Schäfer, bedauerte, derartige Vorkommnisse nicht verhindern zu können, stellte aber in Aussicht, daß ähnliches in künftigen Versammlungen sich nicht wiederhole. Die allgemeine Erbitterung mache sich hierbei Luft, verbeigeführt durch das in Trümmern gegangene bisherige System. Nachdem noch Herr Eitner um Einladung zu den Sitzungen des Gemeinderats ersucht hatte, wobei er versicherte, daß bei Einsicht von Akten und Belege Verschwiegenheit seitens des Rates eine selbstverständliche Vorbedingung sei, wurde die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

—* Vom nächsten Montag ab beginnt der Vorkursunterricht der hiesigen Schule um 8½ Uhr. Die 2. Unterrichtsstunde nimmt ihren Anfang um 9,20 Uhr.

—* Versammlung. Die politische Umwälzung veranlaßt die hiesige fortschrittliche Volkspartei Schierstein, eine allgemeine Versammlung für Dienstag Abend im „Deutschen Kaiser“ abzuhalten. Die ganze Bevölkerung Schiersteins, Männer und Frauen, sind hierzu dringend eingeladen.

—* Es wird in den Kreisen unserer Bevölkerung die Frage aufgeworfen, ob es nach der Befreiung des linken Rheinufer durch den Feind, vor allem mit den Städten Mainz, Koblenz und Köln noch unmittelbare Vertretungsmöglichkeiten geben wird. Diese Sorge unserer Bevölkerung dürfte überflüssig und unberechtigt sein. Post, Telegraph und Eisenbahn werden auch während der Zeit der feindlichen Besetzung keinen wesentlichen Beschränkungen unterworfen sein. Wie weit eine Zensur und Durchsuchung der einzelnen Personen Platz greifen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist zu erwarten, daß der Verkehr mit den besetzten Gebieten aufrecht erhalten bleibt. — Wie der „Köln. Volksz.“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird die Einheit der Verwaltung und der Zusammenhang zwischen dem linksrheinischen und dem übrigen Deutschland auch unter der feindlichen Besetzung gewahrt bleiben. — Aus linksrheinischen Landesteilen wird gemeldet, daß die Bevölkerung durch Gerüchte beunruhigt wird, wonach die Alliierten beabsichtigen, bei der Befreiung dieser Gebiete die wehrpflichtige deutsche Bevölkerung zu internieren. Demgegenüber sei, wie aus Berlin gemeldet wird, festgestellt, daß die Beschränkungen gänzlich hinfällig sind. Auf Seiten der Entente bestehen für solche Maßnahmen nicht die geringsten Gründe.

—* Einstellung des Bahnverkehrs. Nach Mitteilungen der Eisenbahndirektion ist mit völliger Einstellung des nicht dem Militärverkehr dienenden Personenverkehrs zu rechnen. — Wie die Staatsbahn der Berliner Posten mitteilt, kann zur Durchführung der Demobilisierung nur noch ein geringer Teil der bisherigen Bzüge für den öffentlichen Verkehr gehalten werden. Für die nächsten Tage wird sogar mit einer völligen Einstellung des gesamten, nicht für den Militärverkehr dienenden Personenverkehrs gerechnet werden müssen.

—* Die neue Theatergesellschaft „Lohengrin“ veranstaltet morgen aus Anlaß ihrer Gründungsfeier zwei Vorstellungen, deren Ertrag der hiesigen Kriegsfürsorge überwiesen werden soll. Schon aus diesem Grunde ist der Besuch zu empfehlen. Es ist eine muntere, strebsame Schaar junger Leute, die sich zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen und den Trübsalen unserer gegenwärtigen Zeit den Krieg erklärt hat. Da der Verein für die Öffentlichkeit noch ein unbeschriebenes Blatt ist, können wir ihm heute eine weitere Empfehlung noch nicht mitgeben. Wir verweisen auf das in vorliegender Ausgabe enthaltene, vielversprechende Programm.

—* In letzter Zeit ist mehrfach versucht worden, noch nicht fällige Zinscheine der Kriegsanleihen in Zahlung zu geben. Zur Vermeidung von Verlusten wird daher darauf aufmerksam gemacht, nur solche Zinscheine in Zahlung zu nehmen, die laut Vermerk vom 2. Januar 1919 oder von einem früheren Tage ab gültig sind.

Amtliche Bekanntmachungen.

Telegrammabschrift.

Der Zivilbevölkerung ist schleunigst bekannt zu geben, daß das Verlassen des linksrheinischen Gebietes und des 10 km breiten Streifens östlich des Rheins verboten ist. Die Beförderung würde den durch die Ausrückung der Truppen aufs äußerste in Anspruch genommenen Bahnen unmöglich sein. Größte Ernährungsschwierigkeiten würden eintreten. Der Bevölkerung ist durch Einwirkung der Lokalbehörden durch Presse und Anschlag klar zu machen, daß jeder sein Eigentum am besten schützt, indem er selbst da bleibt. Aufrechterhaltung der Ordnung und des Wirtschaftslebens erfordert jeden an seinen Platz. Reisen sind nur gegen besonderen Ausweisschein gestattet, ausge-

nommen ist nur der Arbeiter- und Berufsverkehr. Nähere Bestimmungen werden durch Eisenbahndirektionen erlassen, welche Stellen die Ausweisscheine auszustellen haben, bestimmen die Regierungspräsidenten als Demobilisationskommissare im Zusammenwirken mit Arbeiter- und Soldatenräten und zuständigen Eisenbahndirektionen.

Staatskommissar für Demobilisation K o e t h.

An Regierungspräsident W i e s b a d e n.

Der Regierungspräsident.

P. 8. Dr. 380.

Wiesbaden, den 13. November 1918.

Abdruck zur gefälligen Kenntnis und schleunigen weiteren Veranlassung.

Bis am Schlusse des Erlasses erwähnte Verständigung erzielt ist, bestimme ich, daß die Ausweisscheine von den Ortspolizeibehörden im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten zu erteilen sind. Der für die Stadt und den Landkreis Wiesbaden gebildete Arbeiter- und Soldatenrat hat sich damit einverstanden erklärt.

In Vertretung:

gez. K ö t t e r.

Einladung

zu einer

Sitzung der Gemeinde-Vertretung.

Zu der von mir auf

Montag, den 18. November, nachmittags 8 Uhr,

hier im Rathause anberaumten Sitzung der Gemeindevertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Besuch der Lehrpersonen um Gewährung von Ortszulagen.
2. Besuch der Nachtwächter um Gehaltserhöhung.
3. Beschlussfassung über Verkauf von Teilen des Stoll'schen Platzes.
4. Beschlussfassung über Uebernahme der Kosten des Bauern- und Arbeiterrats.

Schierstein, den 15. November 1918.

Der Bürgermeister: S c h m i d t.

Betr. Verkauf von Margarine.

Montag, den 18. ds. Mts. findet auf dem Rathaus der Verkauf von Margarine statt und zwar: für den Brothausbezirk Nr. 3 von 8 bis 9 Uhr vorm.

1	9 bis 10
2	10 bis 11
4	11 bis 12

Es werden auf jedes Familienmitglied 90 Gramm Margarine ausgegeben. 90 Gramm Margarine kosten 35 Pfg. Brothausausweis der laufenden Woche ist vorzulegen. Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltungsoorstandes versehen sein. Nichtvorleger sind von diesem Verkauf ausgeschlossen. Die Bezirke sind genau einzuhalten, die Beträge abgezählt mitzubringen.

Schierstein, den 16. November 1918.

Der Bürgermeister: S c h m i d t.

Allen, die uns zu unserer silbernen Hochzeit beglückwünschten, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Johann Neumann u. Frau.

Tagelöhner

und jugendliche

Arbeiter

suchen laufend

Schiffswerft

und Maschinenfabrik

Ruthof, Mainz-Kastel.

Ich kaufe für Kriegszwecke ausgefallene

Frauenhaare

Moritz Reiter

Arbeiter und

Arbeiterinnen

finden dauernde Be-

schäftigung.

Sekthellerei Söhnelein.

Schulranzen!

Größte Auswahl.

Billigste Preise

offert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnenstrasse 10

Reparaturen.

Fortschrittliche Volks-Partei, Schierstein.

Wir laden sämtliche Einwohner

Männer und Frauen

zu einer

öffentlichen Versammlung

am Dienstag, den 19. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Saale des Gasthauses zum „Deutschen Kaiser“ ein.

Tema: Politische Tagesfragen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise und liebevolle Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste unserer lieben Entschlafenen, sowie für die schönen Kranz- und Blumenspenden auf diesem Wege herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Prediger Tschirn für seine trostreichen Worte am Grabe.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Ludwig Schäfer.

Schierstein, den 16. November 1918

Kirchliche Nachrichten.

Evgl. Kirche.

Sonntag, den 17. Nov. 1918.

10 Uhr Hauptgottesdienst.

11 Uhr Kindergottesdienst.

3½ Uhr Konfirmandinnen.

8 Uhr Bibelfunde.

Montag Abend 8 Uhr

Missionsverein.

Mittwoch 20. Nov. All-

gemeiner Landesbitttag mit

Gottesdienst zur gewöhn-

lichen Zeit.

Missionar Schreiber,

Pfarrverweser.

2 Zimmer u. Küche

von kleiner Familie zu mieten

gesucht. Näheres in der

Geschäftsstelle.

Zu verkaufen

ein einstöckiges

Wohnhaus

Näheres in der Geschäfts-

stelle.

Weißkraut u. Wirfing

hat abzugeben, auf Wunsch

zum Einmachen

Eugen Kasper,

Schierstein,

Niederwalluferstr.

Ein grauer

Hahn

entlaufen.

Abzugeben gegen Be-

lohnung.

Näh. in der Geschäfts-

stelle.

8 Stück 10 Wochen alte

Hasen

zu verkaufen.

Näheres in der Geschäfts-

stelle.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste meiner nun in Gott ruhenden lieben Frau und Mutter, sowie für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden sprechen wir hiermit unseren tiefgefühlten Dank aus. Besonderen Dank Herrn Pfarrverweser Schreiber für seine tröstenden Worte am Grabe und allen denen, die sie zur letzten Ruhe geleiteten

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Karl Schäfer und Kinder.

Schierstein, den 16. November 1918.

Gesellschaft „Lohengrin“

Sonntag, den 17. November 1918,

abends 7½ Uhr.

Gründungsfeier

im Saale „Drei Kronen“.

Programm.

1. Eröffnungsmarsch.
2. Ansprache.
3. Gesang:
 - a) „An der Weser“.
 - b) „Es waren meine schönsten Tage.“
4. Musikstück.
5. „Lindenwirtin, du junge . . .“
Lebensbild mit Gesang in 1 Akt.
6. Musikstück.
7. Humoristischer Vortrag.
8. Rezitation: „Der Feigling“.
9. „Die Flimmerkiste.“
Lustspiel in 1 Akt.
10. Schlusmarsch.

* * Verlosung * *

Eintrittspreis Mk. 1.—

Zu zahlreichem Besuche ladet höflichst ein

Der Vorstand.

Überschau wird der hiesigen Kriegsküche über-

wiesen.

Nachmittags 3 Uhr:

Kindervorstellung

Eintritt 20 Pfg.

Konsum-Verein Biebrich u. Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Samstag, 23. Novbr. 1918, abends 8 Uhr, im Kaiser Adolf, Wiesbadener

Strasse 39:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Geschäftsjahr 1917/18 (vom 1. Sept. 1917 bis 31. Aug. 1918).
2. Genehmigung der Bilanz.
3. Entlassung des Vorstandes.
4. Beschlussfassung über die Verwendung des Ueberschusses.
5. Anträge von Mitgliedern.
6. Genossenschaftliches.

Bilanz, Verlust- und Ueberschuss-Rechnung liegen in den Verkaufsstellen zur Einsicht offen.

Der Aufsichtsrat:

Philipp Rosenbach II, Vorsitzender, Biebrich.

Schicken Sie Bilder ins Feld.

Aufnahmen an trüben Tagen
und abends bei elektrischem Licht.

Photograph Stritter

Biebrich, Rathausstrasse 94.

Sonntag den ganzen Tag geöffnet.

Meiner verehrten Kundschaft
hiermit die Mitteilung, daß ich
das Geschäft meines verstorbenen
Mannes in unveränderter Weise
weiterführe. Ich bitte, das dem
Verstorbenen erwiesene Vertrauen
auch auf mich übertragen zu wollen.

Frau Josephine Jörn.

Schierstein, den 16. Nov. 1918.